

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 39 (2012)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Der Berg der Asylgesuche wird höher und höher  
**Autor:** Lettau, Marc  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-911185>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Berg der Asylgesuche wird höher und höher

**Die Schweiz bekommt die Bürgerkriegswirren in Afrika und die Kehrseite des «arabischen Frühlings» zu spüren: Seit Monaten ist der Zustrom von Flüchtlingen sehr hoch. Das erhitzt die politische Debatte.**

Von Marc Lettau

Monat für Monat nennt das Bundesamt für Migration neue, hohe Zahlen – Zahlen, hinter denen Menschen stehen, die in der Schweiz um Asyl nachsuchen. Im Januar 2012 reisten so viele Asylsuchende ein, wie seit zehn Jahren nicht mehr: Gut 2600 stellten einen Asylantrag. Mit Abstand am meisten Gesuche stellten Menschen aus dem bürgerkriegsgeplagten Eritrea. Viele von ihnen haben Chancen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. An zweiter Stelle stehen Roma aus Serbien, die ihr Glück versuchten. Für sie liegt die Wahrscheinlichkeit, in der Schweiz bleiben zu dürfen, praktisch bei null. Ähnlich aussichtslos sind die vielen Asylgesuche junger Tunesier, die ihre Heimat auf der Suche nach der besseren Zukunft verlassen haben. Diese arbeits- und perspektivlosen Verlierer des demokratischen Aufbruchs in Nordafrika gelten ebenfalls als nicht bedroht und verfolgt.

### Vier Monate statt vier Jahre

Für die Schweiz ist dieser Zustrom von Flüchtlingen eine Prüfung, denn das Asylwesen ist auch ohne Rekordzahlen gefordert – weil im Umbruch. So suchen die Behörden derzeit nach Wegen, die unbefriedigend langen Asylverfahren zu straffen. Die Abklärungen, ob ein Asylsuchender als Flüchtling anerkannt wird und in der Schweiz bleiben darf, dauern im Durchschnitt rund vier Jahre. Solch lange Fristen verursachen zusätzliches Leid: Für Migrantinnen und Migranten mit schulpflichtigen Kindern beispielsweise bedeutet die nach Jahren des Wartens verfügte Ausreise oft eine erneute Entwurzelung. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) möchte deshalb Verfahren, die nicht mehr als vier Monate dauern. Im Gegenzug will sie den Rechtsschutz der Asylsuchenden stärken. Darauf reagiert insbesondere die SVP mit Unverständnis und bewirtschaftet das Thema, indem sie zahlreiche Massnahmen zur Verschärfung des Asylrechts vorschlägt.

Debattiert wird auch darüber, Asylgesuche künftig nur noch in der Schweiz entgegenzunehmen, nicht aber in den schweizeri-

schen Botschaften im Ausland. Weniger Gesuche wären die Folge. Allerdings würde dieser Schritt besonders jene in schweren Bedrohungssituationen treffen. Die Sozialdemokraten sagen, Botschaftsgesuche könnten das Schlepperwesen eindämmen, erfolge doch die erste Triage der Gesuche bereits vor Ort. Die Debatte über Botschaftsgesuche beinhaltet zudem ein heikles Kapitel Vergangenheitsbewältigung: Erst letztes Jahr wurde publik, dass unter Justizminister Christoph Blocher Tausende von Botschaftsgesuchen irakischer Antragsteller wissentlich schubladisiert worden sind – im Widerspruch zum geltenden Gesetz.

### Wer will die Asylbewerber?

Der Zustrom von Asylsuchenden führt nicht nur in der Politik, sondern auch im Alltag zu Reibungen. Insbesondere die Suche nach Unterkünften für Asylsuchende gestaltet sich immer schwieriger. In den Debatten über konkrete Projekte für Asylunterkünfte prallen die humanitäre Tradition der Schweiz

und die verbreitete, latente Furcht vor Fremden aufeinander. Das führt zu sehr gegensätzlichen Bildern: Einmal werben Gemeindepräsidenten vereint für eine gemeinsame Asylunterkunft zur Linderung der Not, so geschehen im sankt-gallischen Ebnat-Kappel. Andernorts, in Bettwil im Kanton Aargau, wehrt sich eine Gemeinde mit einer von Fremdenangst geprägten Rhetorik gegen alle Pläne für eine Unterkunft.

Erhitzt ist die Debatte auch, weil sich verschiedene Entwicklungen überlagern. Derzeit ist die legale Zuwanderung aus der Europäischen Union, insbesondere aus dem Osten der EU, hoch. Einen Zusammenhang zwischen der Zuwanderung als Folge der Personenfreizügigkeit (2011: 75 000 Zuwanderer) und dem Zustrom von Asylsuchenden (2011: 22 500 Gesuche) gibt es freilich nicht. Immer stärker verknüpft werden auch Asylpolitik und Entwicklungshilfe. Rechtsbürgerliche Parteien verlangen, Länder, die ihre Wirtschaftsflüchtlinge nicht zurücknehmen, mit dem Entzug jeglicher Entwicklungshilfe zu bestrafen. Justizministerin Sommaruga ist zwar willens, mit Staaten, die Hilfe aus der Schweiz empfangen, über die Rückübernahme abgewiesener Asylsuchender zu verhandeln. Grundsätzlich lehnt der Bundesrat «die generelle, strikte und negative Konditionalität ab», wie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf Anfrage festhält. Die Forderung, die Entwicklungshilfe immer und überall von der Kooperationsbereitschaft des betroffenen Landes bei der Migrationspolitik abhängig zu machen, sei «in der Regel kontraproduktiv» und treffe «primär die notleidende Bevölkerung und nicht die unkooperativen Regierungen». Das sieht Nina Schneider, Entwicklungshilfespezialistin bei der Organisation Alliance-Sud gleich. Sie sagt: «Die Chance ist gross, dass Kürzungen für asylpolitisches Fehlverhalten genau diejenigen Armutsbekämpfungsprogramme treffen, die den Migrationsdruck lindern helfen.»



In einem Empfangszentrum

MARC LETTAU ist Redaktor der «Schweizer Revue».